

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Herausgeber
Herrn Dr. R.
Hofmann Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Wittenberg, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsstelle
Dresden 1890.
Groschke
Riesa Nr. 22

Nr. 44.

Freitag, 21. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligte Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Politische Gewitterwolken am Horizonte.

Die parlamentarische Lage des Reichs spitzt sich zusehends an. Wohl sind am Donnerstag nachmittags die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Reichsfinanzminister Dr. Brüning hofft, daß ihm die Reichsversicherungsanstalten für Angestellte und Invaliden für 150 Millionen RM. Vorzugsklausel der Reichsbahn abnehmen, er muß aber um das Defizit der Arbeitslosenversicherung nachdenken, noch weitere 100 Millionen RM. beschaffen. Ueber vier Vor schläge, die zur Erörterung kamen, konnte sich der sozialpolitische Ausschuß der Regierungsparteien nicht einigen, sodaß jetzt der Reichsfinanzminister dem Kabinett unmittelbar seine Vorschläge unterbreiten wird. Wie diese aussehen werden, unterliegt heute schon keinem Zweifel mehr. Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Brüning wurde durch seine lange Krankheit, wie er selbst erklärt, in die Lage versetzt, die innerpolitische Entwicklung des Reichs einmal von außen her zu betrachten. Er kam dabei zu dem Schluß, daß die deutsche Außenpolitik mit der Annahme der Youngplanse einen vorläufigen Abschluß erreicht und jetzt die Innenpolitik den Vortritt besitzt. Auf innerpolitischem Gebiete, wie auch auf den weiten Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die deutsche Volkspartei aber der Sozialdemokratie keine wesentlichen Zugeständnisse machen, falls sie nicht auseinanderfallen soll. Die Vorhänge in Schlesien, Berlin und Potsdam reden in dieser Hinsicht eine sehr deutliche Sprache. Aus diesen Erwägungen heraus ist die finanzpolitische Linie Dr. Brüning's diktiert. Der Reichsvolkspartei Reichsfinanzminister will das Problem der Arbeitslosenversicherung in den nächsten Wochen endgültig lösen, den Reichshaushalt durch neue indirekte Steuern ausbalancieren, sodaß er in die Lage versetzt wird, ohne vorübergehende Anspannung der Steuern auf Belgien und Einkommen im nächsten Jahre mit Hilfe der Ueberlässe des Youngplans die der Wirtschaft versprochene Senkung der Realsteuern durchzuführen.

Die sozialdemokratische Partei steht auf dem diametral entgegengesetzten Standpunkt. Ihre Parolen lauten: Hände weg von der Arbeitslosenversicherung! Ein Rotopfer auf Belgien und Einkommen! Eine Unterbilanz im Reichshaushalt 1930/31 von einigen hundert Millionen RM. schadet nichts! Sie wird im nächsten Jahre durch die Ueberlässe des Youngplans getilgt. Verbannen beide Parteien in den politischen Schlingengräben, die sie zu beisehen im Begriffe sind, dann ist an eine Einigung und Verständigung über das Finanzprogramm nicht zu denken. Angesichts dieses Aufmarschs der Parteien erscheint der bekannte Vorkoch des Zentrums in einem neuen Lichte. Schwere Gewitterwolken liegen am politischen Horizonte heran.

Zollerhöhungen für Kaffee und Tee beschlossen

* Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ermächtigte in seiner gestrigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgefundenen Sitzung den Reichsfinanzminister zum Erlass einer Verordnung über die Inkraftsetzung der Zollerhöhung für Kaffee und Tee, welche in dem Befehl vom 8. April 1922 über Erhöhung von Zöllen beschlossen sind.

Die vom Reichsfinanzminister daraufhin zu erlassende Verordnung wird unverzüglich der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Erhöhung tritt am 1. März dieses Jahres in Kraft.

Das Reichskabinett erledigte außerdem die Ausgaben seit dem Etat für 1930 bis auf einige kleinere Restpunkte, die noch im Laufe dieser Woche ihre abschließende Behandlung finden werden.

Zur schließlichen Kabinettskrise.

* Dresden. In den „Dresdner Nachr.“ nimmt der Führer der deutschnationalen Fraktion im schließlichen Landtag, Dr. Oberst, Stellung zu der entstandenen Kabinettskrise und schreibt u. a.: Für den Youngplan erklärten sich im Landtag Sozialdemokraten, Volkspartei und Demokraten. Die Parteien der sogenannten Großen Koalition, mit anderen Worten die „rein bürgerliche Regierung“, hat im Reichsrat so gehandelt, wie wenn wir in Sachen die Große Koalition hätten. Damit ist klar, daß der Ministerpräsident entweder das sachlich nötige Augenmaß nicht besaß oder von der Volkspartei ausgehenden Suggestion der Volkspartei im Reich oder der Idee der Großen Koalition in Sachen unterlag. Das war ein eindeutiger politischer Schritt. Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit von heute ist der Mangel der Erfüllungspolitik, der uns verhindert hat, für einen Rückgang der gesamten deutschen Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft zu sorgen, wie ihn die „Siegerstaaten“ als berechtigt vorgenommen haben. Das erste Hindernis dieses Erfüllungsganges ist der Youngplan. Von unserem Standpunkt liegt in dem Nichterkennen der Gefahr einer besonderen Belastung des industriellen Sektors der zweite wirtschaftliche Fehler der Regierung Länger, der schwerer wiegt als der rein politische Fehler. Wir bleiben dabei, daß eine Regierung nach dem Sinne der Wahlen neu ge-

Interessante Zahlen des neuen Reichsetats.

Berlin. Der neue Reichshaushalt schließt mit 7,88 Milliarden ab; dazu kommen noch die diesmal etabliert gebliebenen Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden mit 2,24 Milliarden gegen 2,287 im Vorjahre, so daß der Gesamtertrag sich auf 11,114 Milliarden gegen 10,2 Milliarden im Vorjahre beläuft. Interessant ist an den Einzelposten des neuen Haushaltes vor allem, daß trotz der Krisenrisse aus dem Youngplan eine feste Sicherung des Kriegsaltenhaushaltes eingetreten ist. Für den Hauptteil dieser Steigerung hat das allerdings nur formale Bedeutung. Auf besonderen Wunsch des Reichsrates tritt jetzt die Belastung der Industrie mit 800 Millionen und die der Eisenbahn mit 600 Millionen stattrechtlich besonders in Erscheinung und bewirkt so äußerlich ein Anschwellen der Zahlen. Bei den einzelnen Verwaltungszweigen des Reichs ist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung der Ausgaben um 400 Millionen eingetreten. Das Reichsfinanzministerium hofft aber, diese Summe durch Verhandlungen mit den Reichsräten auf etwa 325 Millionen herunterzubringen. Die Mehrausgaben verteilen sich folgendermaßen: Die Arbeitslosenversicherung und die wertvolle Arbeitslosenversicherung beanspruchen je dreihundert Millionen mehr, die Kriegsbefähigtenversicherung vierzig Millionen. Der Haushalt des Reichswehrministeriums ist um fünfzig Millionen höher als 1929. Der Grund liegt zum Teil in einer zwangsläufigen Steigerung der Personalausgaben, die sich aus der Befolgsordnung ergibt. Außerdem war der vorige

Reichswehretat als ein Rotetat aufgezogen, von dem Reichswehrminister Groener damals ausdrücklich erklärte, daß er nur für dieses eine Jahr in der Lage sei, für einen solchen Etat die Verantwortung zu tragen. So waren damals zum Beispiel die Posten für die Manöver gestrichen; sie sind in diesem Jahre wieder eingeleitet worden.

Das Reichsfinanzministerium erhält etwas über dreihundert Millionen mehr. Sie ergeben sich daraus, daß im vorigen Jahre für verschiedene große Posten nur Teilbeträge eingeleitet worden waren, so für das landwirtschaftliche Rotprogramm, das sich auf zwanzig Millionen belief, nur sieben Millionen, ebenso hat 7 1/2 Millionen für die Bewegung der Getreideernnte nur 2,75 Millionen. Diese Posten wurden jetzt voll eingeleitet.

Im Haushalt des Verkehrsministeriums, der im vorigen Jahre ebenfalls besonders stark beschnitten war, verursachen namentlich die Aufwendungen für die Wasserstraßen und für die Luftfahrtindustrie eine Erhöhung, die sich zusammen mit anderen Mehrausgaben auf zwanzig Millionen stellt.

Bei dem Kapitel Reichsschuld wurden dreihundert Millionen mehr eingeleitet, ferner 44 Millionen Abführung an den Anleihe-Abstufungs-Fonds.

Beim Finanzministerium haben sich die Ausgaben um 25 Millionen erhöht. Dazu kommen noch fünfzig Millionen mehr an Befahrung- und Räumungslosten und zwanzig Millionen für das belgische Kartatkommen.

Schluß der Genfer allgemeinen Aussprache.

Genf. Die allgemeine Aussprache in der Völkerfriedenskonferenz ist Donnerstag abend abgeschlossen worden. Die Konferenz hat zwei Ausschüsse eingesetzt: 1) Ausschuß für das Zollwaffenstillstandsabkommen (Vorständler: Gollin-Holland); 2) Ausschuß zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms der künftigen diplomatischen Verhandlungen zur endgültigen Herabsetzung der Zolltarife und Befreiung der Handelsströme (Vorständler: Finanzminister Ragoczi-Rumänien).

Beide Ausschüsse trafen heute Freitag vormittag zusammen. Jede Abordnung ist in jedem Ausschuß durch einen Abgeordneten vertreten. Die Ende dieser Woche voraussichtlich abbreitenden Wirtschafts- und Handelsminister sind vom Präsidenten der Konferenz ersucht worden, ungefähr nach 14 Tagen zur Teilnahme an der abschließenden Vollversammlung nach Genf zurückzukehren. Der erste Ausschuß arbeitet auf der Grundlage des vom Wirtschaftsminister ausgearbeiteten Abkommensentwurfs für einen Zollwaffenstillstand, der zweite aufgrund zahlreicher Einzelvorschläge und Anregungen.

Am Schluß der Vormittagsitzung wurde von verschiedenen Rednern über die Sonderinteressen und Wünsche der großen Agrarstaaten verhandelt. Minister Risi-

Ungarn wies in langen Ausführungen auf die besonders ernste und schwere Lage der Ausfuhrländer hin, wie sie durch die schutzamerikanische Politik der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einführenden Staaten geschaffen sei. Er verlangte vor allem Beseitigung der indirekten der Ausfuhr hemmenden Maßnahmen, die Begünstigung der Eisenbahntarife und anderes. Wenn Sicherheiten für die Agrarstaaten nicht erzielt werden könnten, so würde man sie dazu zwingen, ihre eigenen, bisher noch unentwickelten Industrien weiter auszubauen.

In der abschließenden Sitzung der Vollkonferenz am Nachmittag erklärte der Schweizer Vertreter, man dürfe heute noch nicht von einer europäischen Union oder einem Panuropa träumen. Die Aufgabe sei heute, die gegenwärtigen Zollsätze unter bestimmten Vorbehalten für kurze Zeit festzulegen. Der Standpunkt der Agrarstaaten für den Fall wurde jedoch einseitig von den italienischen und schweizerischen Regierungsvertretern verfochten. Beide griffen die Schutzpolitik der Industriestaaten gegenüber den Agrarstaaten scharf an und forderten, daß denselben Staaten, die den Zollwaffenstillstandsabkommen beitreten, unbedingt auch das internationale Abkommen über die Befreiung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen unterzeichnen.

bildet werden und erheben soll. Aber der Sinn der Wahlen verlangt, daß wir davon Abstand nehmen, in der Verwaltung bürgerlich und im Reichsrat im Sinne der Großen Koalition regieren zu wollen.

Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung.

vgl. Berlin. Mit einer letzten zwei Stunden dauernden Sitzung der Sozialpolitiker der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister endeten, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, am Donnerstag nachmittags die Vorbereitungen für die Ausarbeitung des Reichshaushaltsplans 1930 und der dazu gehörigen Deckungsvorlagen. Heute dürfte das Kabinett den Etat fertigstellen. Die nächsten Tage sind dann der Ausarbeitung der Deckungsvorlagen im Kabinett gewidmet, sodaß das ganze Werk Anfang der nächsten Woche den Parteien unterbreitet werden kann.

Inzwischen hat der Finanzminister die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung erhalten, daß diese Ansatz schon 1930 etwa fünfzig Millionen und im nächsten Jahr weitere fünfzig Millionen zum Anlauf von Vorzugsklauseln der Reichsbahn freimachen wird. Weiters fünfzig Millionen für diesen Zweck glaubt der Finanzminister von der Invalidenversicherung bekommen zu können, mit der die Verhandlungen allerdings noch nicht abgeschlossen sind. Die auf diese Weise in die Reichskasse fließenden 150 Millionen sollen der Arbeitslosenversicherung als Reichszuschuß gegeben werden. Die Arbeitslosenversicherung braucht jedoch noch weitere hundert Millionen Mark Zuschüsse. Die Frage, wie diese hundert Millionen aufzubringen seien, bildet den Gegenstand der Verhandlungen des Finanzministeriums mit den Parteien.

Dafür lagen vier Vorschläge vor. Die erste Anregung, durch Reform der Arbeitslosenversicherung, also durch Leistungsabbau, hundert Millionen einzusparen, fand sehr

starken Widerspruch, weil dieselben Ausgaben bei den Gemeinden sofort neu entstehen würden. Der zweite Vorschlag sah die Deckung der hundert Millionen durch eine Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung vor, die zwischen einviertel und einhalb Prozent liegen würde. Der dritte forderte ein Rotopfer der Beamten und der Angehörigen mit langfristigen Dienstverträgen in Höhe des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, also höchstens einviertel Prozent des Gehalts. Da für keinen dieser Vorschläge Uebereinstimmung bei den Parteien hergestellt werden konnte, so blieb der Finanzminister bis zuletzt bei seinem eigenen Vorschlag, die Arbeitslosenversicherung solle selbst mit qualifizierter Mehrheit, also ohne das Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Verwaltung sich gegenseitig überhimmeln, ihre Sanierung durch Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen bewerkstelligen. Wenn ein solcher Beschluß nicht zustande käme, sollte das Reichskabinett entscheiden.

Es ist anzunehmen, daß die endgültigen Deckungsvorschläge diesen Plan des Reichsfinanzministers enthalten werden, den Dr. Brüning bei den bisherigen Verhandlungen niemals zurückgezogen hat. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der Minister den Gedanken des Rotopfers aufs energischste bekämpft hat. Er wies darauf hin, daß dieses Rotopfer eine schwere einseitige Belastung einer einzelnen Steuergruppe darstelle. Wenn man sie vermeiden wolle, bleibe nur eine allgemeine Einkommensteuererhöhung übrig, die wiederum dem Finanzprogramm der Regierung vom Dezember vollkommen widersprechen würde.

Die erste Lesung der Strafgesetznovelle beendet.

Berlin. (Funkpruch.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde heute die erste Lesung der Strafgesetznovelle beendet. Der Reichsjustizminister sprach dem Vorliegenden Geheimrat Rahl und dem Ausschuß den Dank der Regierung für geleistete Arbeit aus.